

### Rede zur Kampagne zur Bayerischen Landtagswahl 3

Liebe Passanten\*innen, Mitbürger\*innen, liebe Besucher\*innen unserer schönen Stadt.

Hier stehen wir, die „Omas gegen Rechts“, sehr alte, ältere und auch jüngere Frauen, als „Mahnerinnen“ vor zunehmendem rechtsradikalem Gedankengut, als Zeitzeuginnen, Streiterinnen für eine lebendige Demokratie.

Ich bin eine 1942 geborene 81 Jahre alte Großmutter und habe in meinem langen Leben Krieg und Vertreibung, Not und Diskriminierung erfahren. Später erlebte ich den stetig wachsenden wirtschaftlichen Aufstieg, auch die beginnende Emanzipation der Frau in Haushalt und Beruf. Als tätiger Mensch trug ich mit meiner Arbeit auch zur Entwicklung der BRD bei.

Dies geschah in unserer funktionierenden, parlamentarischen Demokratie, die auf einem Grundgesetz basiert, das die Menschenrechte und Menschenwürde für alle Menschen einfordert.

In dieser Gesellschaftsform fühlte ich mich wohl.

Lange übersah ich, wie rechtspopulistisches, antisemitisches Denken, Hass und Hetze immer mehr zunahm, erst heimlich und schleichend, bis es heute wieder durch eine Partei gesellschaftsfähig geworden ist.

Nun muss ich zusehen, wie diese Partei - Sie kennen sie alle – an Zuspruch gewinnt. Diese Partei, AfD ist keine Alternative für Deutschland.

Sie hat in ihrem Programm Punkte, die die Grundrechte missachten.

Das bayerische Verwaltungsgericht bestätigt, dass Äußerungen aus Teilen der AfD darauf gerichtet seien, Zitat **...“die Menschenrechte und das Demokratieprinzip außer Geltung zu setzen...”** (Zitat Ende)

Diese Partei ist eine Bedrohung für unsere Demokratie für Bayern und die Bundesrepublik Deutschland!

Ja, es stimmt, diese Partei wurde demokratisch gewählt.

Vor 90 Jahren, 1933 kam mit demokratischen Mitteln die NSDAP mit Hitler an die Macht. Wie sein menschenverachtendes Regime sich weiterentwickelte und in Verbrechen, unsäglichem Leid und Zerstörung endete, ist bekannt.

Erinnern Sie sich?

Leider hat sich erst kürzlich in Bayern gezeigt, wie schlecht es um die Erinnerungskultur in höchsten Regierungskreisen steht.

Man **kann** und **muss** sich für ehemals geäußertes rechtsextremes Gedankengut

in Demut erinnern. Auch wenn es Jahre zurück liegt, muss man sich ernsthaft und glaubwürdig dafür entschuldigen.

Das vermisse ich bei der Entschuldigung des bayrischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Herrn Aiwanger. Seine Entschuldigung ist für mich nicht glaubwürdig. Sie enthält populistische Floskeln und Anklagen gegen seine Kritiker und die Presse.

Eine **glaubhafte** Erinnerungskultur gehört zu unserer Demokratie.

Heute wird es wieder vorstellbar, dass eine rechtsextreme Partei schrittweise mit Hilfe der Instrumente der Demokratie die Grundwerte unserer Verfassung untergraben und totalitäre Strukturen einführen kann.

Diese Entwicklung macht Angst und ich fühle mich durch mein früheres bloßes **Zuschauen** mitverantwortlich dafür und möchte nicht mehr stumm sein, auch wenn ich alt bin.

**Alt sein heißt nicht stumm sein!**

Deshalb frage ich mich und Sie:

In welcher Welt wollen wir, Sie, unsere Kinder in Zukunft leben?

In einem Staat mit totalitären Strukturen, wo Menschenrechte und Menschenwürde keinen Wert haben?

Oder in einer Demokratie, geprägt von Offenheit, Vielfalt, Respekt, Selbstbestimmung, Freiheit, die die Freiheit des anderen in Verantwortung achtet?

Doch ist Demokratie kein Selbstläufer, sie braucht das Engagement ihrer Bürger\*innen, **uns**, die Wähler\*innen. Wir müssen uns informieren, populistische Versprechungen kritisch hinterfragen, unser Wahlrecht verantwortlich ausüben.

Joachim Gauck, der frühere Bundespräsident stellt fest:

„Demokratie ist Mitgestaltung am eigenen Schicksal.“ Um auf eine friedliche Zukunft für unsere Nachkommen zu hoffen und für diese zu werben, **stehen wir hier die „Omas gegen Rechts“** und **stehen ein** für Demokratie und ihre Postulate:

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

**Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, aus rassistischen Gründen, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“**